

Severin Fischer

Die »Energiewende« in der Europapolitik

Mit der Energiewende nimmt Deutschland in Europa eine Vorreiterrolle ein, für einen gesamteuropäischen Ausbau erneuerbarer Energien sind gemeinsame energiepolitische Strukturen allerdings unabdingbar.

Das Ende der Atomenergie in Deutschland scheint besiegelt. Daran besteht heute kaum mehr ein Zweifel. Die Überarbeitung des Energiekonzepts im Juni 2011 beinhaltet jedoch nicht nur den Atomausstieg, sondern auch eine Bekräftigung der bereits im Jahr zuvor festgelegten Zielsetzungen in drei anderen Bereichen: die nationalen Klimaschutzziele, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Reduzierung des Energieverbrauchs.

Die Umsetzung der »Energiewende« stellt in jedem dieser Teilaspekte eine eigene Herausforderung dar. Neben der Einleitung einer Reihe neuer gesetzgeberischer Initiativen muss diese sich darüber hinaus auch an den volkswirtschaftlichen Kosten ihrer Durchführung messen lassen. Schließlich wird das deutsche Projekt einer atomenergiefreien *Low-Carbon-Economy* nur dann nachhaltigen Erfolg haben, wenn seine Attraktivität international zu Nachahmungseffekten führt. Für jede dieser drei Erfolgsbedingungen – Regelungsrahmen, Kosten, Vorreiterrolle/Vorbildfunktion – spielt die Integration Deutschlands in eine europäische Energiepolitik eine wichtige Rolle. Ohne ihre Berücksichtigung droht ein Scheitern der deutschen Energiestrategie.

Europa: Ein energiepolitischer Flickenteppich

Auf den ersten Blick erscheint Europa als energiepolitisch und -wirtschaftlich heterogenes Gebilde. Die Reaktionen auf die Havarie des Atomreaktors in Fukushima haben diese Zustandsbeschreibung einmal



Severin Fischer

(*1983) ist derzeit Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und beschäftigt sich dort mit Fragen europäischer Energie- und Klimapolitik. Zuletzt veröffentlichte er: *Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik* (bei Nomos).

severin.fischer@swp-berlin.org

mehr bestätigt. Während Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie beschließt und die italienischen Wählerinnen und Wähler in einem Referendum den Einstieg verhindern, halten Großbritannien, Frankreich und Polen davon unbeeindruckt an ihren Ausbau- bzw. Einstiegsplänen fest. Zum einen dürfen die Mitgliedsstaaten nämlich souverän über ihren Energiemix bestimmen. Zum anderen legen sie unterschiedliche Prioritäten für ihre nationalen Energiestrategien fest. Während beispielsweise Großbritannien die Atomkraft als wirksames Instrument zur Einhaltung von Klimaschutzvorgaben ansieht, werden in Polen vor allem versorgungssicherheitspolitische Aspekte mit Blick auf den großen Nachbarn im Osten in den Vordergrund gestellt. Ohne eine Änderung der europäischen Verträge bleibt die Entscheidung über den Energiemix also auf absehbare Zeit eine nationale Frage. Dennoch gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten, um die deutsche Energiewende erfolversprechend in ein gesamteuropäisches Konzept einzubetten, ohne dabei beim Energiemix auf eine europäische Kontrolle setzen zu müssen.

Kein anderes Gesetz prägt die energiepolitischen Debatten in Deutschland so sehr, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). In knapp zehn Jahren wurde

der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix von unter sieben auf über 20 % gesteigert. Die Zielsetzung von 35 % bis zum Jahr 2020 erscheint greifbar. Weltweit gilt das EEG als vorbildhaft. Doch trotz aller Euphorie könnte es mittelfristig ein Opfer seines eigenen Erfolgs werden. Einerseits, weil die Fördersumme und damit die Umlage auf den Stromkunden konstant steigt, was sich bereits in den kommenden Jahren negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auswirken dürfte. Andererseits, weil Deutschland vernachlässigt hat, seine Nachbarn in diesem Prozess mitzunehmen. Die meisten EU-Mitgliedsstaaten hinken trotz weitaus günstigerer Bedingungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinterher.

Das Thema erneuerbare Energien spielt auch heute noch in der EU-Energiepolitik eine untergeordnete Rolle. Der Widerstand gegen eine Europäisierung findet sich in erster Linie auf Seiten der umweltpolitisch progressiven Regierungen, die einer Sorge um ihre nationalen Fördersysteme entspringt. Doch gerade für den immer weiter wachsenden Industriezweig der erneuerbaren Energien mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen erscheint es wirtschaftspolitisch notwendig, dass sich der Ausbau in den kommenden Jahren in ganz Europa vollzieht und sich nicht nur auf einige Leitmärkte beschränkt.

Hinzu kommt die Kostenperspektive für die deutschen Stromverbraucher. Erneuerbare Energien dort anzusiedeln, wo sie beste meteorologische und topografische Bedingungen vorfinden, steigert Effizienz und Effektivität eingesetzter Mittel. Sowohl im Interesse des Industriestandortes Deutschland als auch im Sinne des Ausbaus der erneuerbaren Energien über ganz Europa wäre die Entwicklung europäischer Fördersysteme von Vorteil. Das gilt gerade auch für den Ausbau der wichtigen Offshore-Windparks, um Investitionshemmnisse in Folge unterschiedlicher nationaler Förderstrukturen abzubauen. Sol-

len die erneuerbaren Energien ein europäisches Projekt werden, müssen sich auch auf EU-Ebene Strukturen hierfür entwickeln. Das würde die deutsche Energiewende nicht nur günstiger, sondern auch nachhaltiger machen.

Klimaschutz: Gemeinsam vorangehen

Der Klimaschutz gehört zumindest für die kommenden Jahre zu den Verlierern des überarbeiteten Energiekonzepts. Die kurzfristige Kompensation der vom Netz genommenen Meiler durch fossile Kraftwerke führt dazu, dass das nationale Klimaschutzziel von minus 40 % bis zum Jahr 2020 absehbar verfehlt wird. Dies könnte jedoch durch ein stärkeres klimapolitisches Engagement auf europäischer Ebene ausgeglichen werden.

Die vollständige Einbindung des Stromsektors in das europäische Emissionshandelssystem führt dazu, dass für rund die Hälfte der europäischen Treibhausgase die entscheidende klimapolitische Steuerungsebene in Brüssel und nicht in den nationalen Hauptstädten liegt. Zertifikate werden europaweit gehandelt. Damit ergeben sich Einsparungen dort, wo sie am günstigsten erzielt werden können und entziehen sich weitgehend politischer Entscheidungen auf nationaler Ebene.

Um das deutsche Ambitionsniveau im Klimaschutz aufrechtzuerhalten, erscheint es daher geboten, sich auch in Zukunft stärker auf europäische Ziele zu konzentrieren und diese ehrgeizig auszugestalten. Bis 2020 würde dies eine Anhebung des europäischen Emissionsreduktionszieles von 20 auf 25-30 % bedeuten, wollte man das deutsche Klimaschutzziel auf die EU übertragen. Durch einen daraus resultierenden höheren CO₂-Preis würden sich auch die Investitionsbedingungen für erneuerbare und energieeffiziente Technologien europaweit verbessern. Dies wieder-

rum würde Technologieunternehmen helfen, ihre Produkte auf dem Binnenmarkt zu platzieren und die Strukturen für eine europäische *Low-Carbon-Economy* auf Jahrzehnte hinweg prägen.

Binnenmarkt: Grenzüberschreitend gestalten

Während einige Energieexperten davor warnen, dass Deutschland sich in Folge des Atomausstiegs den Gefahren vermehrter Blackouts aussetzt, sehen insbesondere Umweltverbände eine weitaus größere Gefahr darin, dass Deutschland in den kommenden Jahren von Stromimporten aus Atom- und Kohlekraftwerken in den Nachbarstaaten abhängig werden könnte. Die Integration der europäischen Strommärkte ist jedoch eine Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Deutschland wird über das Jahr 2011 hinweg vermutlich eine ausgeglichene Import-Export-Bilanz haben. In windreichen Phasen belastet Deutschland jedoch weiterhin die Leitungen der Nachbarn mit seinen regionalen Überkapazitäten. Zu anderen Jahreszeiten wiederum decken wir eine hohe Nachfrage durch Importe aus dem Ausland, die ansonsten national kaum befriedigt werden könnte.

Die Integration der Stromnetze in Europa ist demnach nicht nur notwendig, um ein hohes Maß an Versorgungssicherheit zu erreichen, sondern auch, um mittel- bis langfristig Stromspeicher in Norwegen oder den Alpen nutzen zu können und Abnehmer für Produktionsspitzen zu finden. Gerade ein von erneuerbaren Energien geprägtes Energiesystem ist auf eine grenzüberschreitende Verknüpfung angewiesen. Mehr Engagement für den europäischen Energiebinnenmarkt sowie eine europäische Finanzierung von Interkonnektoren sollten daher für die kommenden Jahre vorangetrieben werden, um höhere Kosten für die Energiewende zu vermeiden.

Nukleare Sicherheit: Europa als Risikogemeinschaft

Die Nutzung unterschiedlicher Energieträger, insbesondere der Atomenergie, wird auf Dauer eine nationale Entscheidung bleiben. Dennoch hat durch den Reaktorunfall von Fukushima die Verbesserung der nuklearen Sicherheit größere Bedeutung in den energiepolitischen Debatten in Europa bekommen. Die Durchführung von Stresstests stellt einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Regulierungsregime für Fragen der nuklearen Sicherheit dar. Die Gestaltung eines neuen Rechtsrahmens und dessen supranationale Überprüfung könnten ein weiterer Schritt sein. Durch eine mögliche Kompetenzverlagerung wird zwar auf Dauer kein europaweiter Atomausstieg herbeigeführt werden. Dennoch kann zumindest das Risiko nuklearer Unfälle reduziert und der Betrieb von Atomkraftwerken erschwert werden. Langfristig ist in diesem Zusammenhang auch über eine Reform des noch immer gültigen EURATOM-Vertrags nachzudenken.

Mit den Beschlüssen zur deutschen Energiewende wurde ein Gesamtkonzept verabschiedet, das international gleichermaßen auf Erstaunen wie Bewunderung stößt. Ohne Zweifel ist die Energiewende ein global bis heute einzigartiges Projekt. Trotz dieses Modellcharakters darf man eine Reihe von Kontextfaktoren bei der Umsetzung nicht aus den Augen verlieren. Dazu gehört Deutschlands vielschichtige Einbindung in die Europäische Union. Wird dieser Rahmen genutzt, so lassen sich nicht nur die Kosten der Energiewende reduzieren, sondern gleichzeitig auch Anreize für ähnliche Vorhaben in der europäischen Nachbarschaft setzen. Deutschlands Energiepolitik als erfolgreiches Modell für eine nachhaltige energiewirtschaftliche Transformation darf nicht in einer Isolation des Landes enden, sondern muss stattdessen ein Vehikel für die nachhaltige Gestaltung des europäischen Integrationsprojekts sein. ■